



Antrag

der Abgeordneten **Margit Wild, Dr. Simone Strohmayr, Inge Aures, Annette Karl, Klaus Adelt, Martina Fehlner, Ruth Müller, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Horst Arnold, Florian von Brunn, Michael Busch, Christian Flisek, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Doris Rauscher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Arif Taşdelen, Ruth Waldmann SPD**

Bildung für nachhaltige Entwicklung I – Umweltstationen als außerschulische Bildungseinrichtung stärken

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die 58 staatlich anerkannten Umweltstationen in Bayern so finanziell zu unterstützen, dass die Umweltstationen ihrer Aufgabe als Einrichtung der außerschulischen Bildung adäquat und für die Schulen kostenlos nachkommen können.

Die dafür nötigen zusätzlichen Mittel bildet die Staatsregierung im Entwurf des nächsten Staatshaushalts ab.

Begründung:

Die aktuell 58 staatlich anerkannten Umweltstationen in Bayern leisten einen zentralen Beitrag zur Umweltbildung bayerischer Schülerinnen und Schüler. Sie werden von verschiedensten öffentlichen und privaten Institutionen wie Kommunen, Umweltverbänden, Volkshochschulen, Kreisjugendringen, Schullandheimen, Kirchen oder Klöstern betrieben. Dabei erhalten alle 58 Umweltstationen eine staatliche Förderung von insgesamt 2,1 Mio. Euro. Das sind rechnerisch 36.000 Euro pro Umweltstation. Soll an jeder Umweltstation die Bildung für nachhaltige Entwicklung für die Schülerinnen und Schüler der Region stattfinden, kann mit dieser Summe nicht adäquat gearbeitet werden. Dazu sind mindestens eine pädagogische Vollzeitstelle und darüber hinaus eine Verwaltungskraft für die Organisation notwendig. Hinzu kommen noch Sachkosten. Will die Staatsregierung das Thema Umweltbildung konsequent vorantreiben und ernst nehmen, muss eine bessere finanzielle Förderung – insbesondere für die Bildungsarbeit – für eine ausreichende personelle und sachliche Ausstattung der Umweltstationen umgesetzt werden.